Deutscher Bundestag **Drucksache 15/489**

15. Wahlperiode 20. 02. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Georg Brunnhuber, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/300 –

Transrapid-Projekt Berlin–Hamburg unverzüglich wieder aufnehmen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem dazu auffordern soll, die Planung der Transrapidstrecke Berlin–Hamburg unverzüglich wieder aufzunehmen und alle dazu notwendigen weiteren Schritte konsequent zu verfolgen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/300 – abzulehnen.

Berlin, den 18. Februar 2003

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Reinhard Weis (Stendal)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Reinhard Weis (Stendal)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/300 in seiner 22. Sitzung am 30. Januar 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem dazu auffordern soll, die Planung der Transrapidstrecke Berlin–Hamburg unverzüglich wieder aufzunehmen und alle dazu notwendigen weiteren Schritte konsequent zu verfolgen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 12. Februar 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Februar 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 12. Februar 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 12. Februar 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Februar 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Februar 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag auf Drucksache 15/300 in seiner 6. Sitzung am 12. Februar 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, die geplante Transrapidstrecke von Berlin nach Hamburg sei im Februar 2000 wegen der unzureichenden Finanzierung nicht fortgeführt worden. Insbesondere seien die Kosten im Laufe des Planungsprozesses immer weiter angestiegen, während die Erlöserwartungen deutlich nach unten revidiert werden mussten. An den Gründen, die damals zur Einstellung des Projekts geführt hätten, habe sich bis heute nichts geändert, so dass es keine sachlichen Argumente gebe, das Projekt wieder aufzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erwiderte, die Strecke Berlin–Hamburg sei das verkehrspolitisch sinnvollste Fernverkehrsprojekt für die Anwendung der Transrapid-Technik. Die Systemvorteile kämen auf einer Langstreckenverbindung viel besser zur Geltung als bei der geplanten Strecke in Nordrhein-Westfalen. Im Vergleich zu den in Planung befindlichen Alternativprojekten seien auch die Kilometerkosten für die Strecke Berlin–Hamburg wesentlich günstiger.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, das Transrapid-Projekt Berlin–Hamburg sei auch daran gescheitert, dass es bei den Verhandlungen zur Finanzierungsvereinbarung nicht gelungen sei, eine gerechte Risikoverteilung zwischen Bund, Ländern und den beteiligten Unternehmen zu erreichen. Sie stellte klar, dass sie sich ausdrücklich für eine Förderung der Magnetschwebetechnik einsetze. Dies dürfe aber nicht um jeden Preis erfolgen.

Die **Fraktion der FDP** betonte, sie befürworte nach wie vor eine Realisierung der Transrapidstrecke Berlin–Hamburg. Sie halte es aber für falsch, zum jetzigen Zeitpunkt eine Diskussion über eine zusätzliche Strecke zu beginnen, da dies zwangsläufig Auswirkungen auf die anderen geplanten Strecken habe.

Berlin, den 18. Februar 2003

Reinhard Weis (Stendal)
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333